



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren). Bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] • Nr 535

DIENSTAG, 8. NOVEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Abbruch des Verkehrsstreiks

Aber noch Ausschreitungen in den Abendstunden

In später Abendstunde hat die „Zentrale Streikleitung der Berliner Verkehrsarbeiter“ sich zu dem Entschluß durchgerungen, den praktisch zusammengebrochenen Verkehrsstreik offiziell abzubrechen. Es wird erwartet, daß heute früh alle Angestellten der B. S. G., soweit sie in der Nacht von dem Beschluß unterrichtet werden können, zum Dienst erscheinen. Die Streikleitung betont, daß sie eine

Wiederbelebung der bereits entlassenen 1000 B. S. G.-Angehörigen erwarte. Jedenfalls hat der fünfjährige Berliner Verkehrsstreik sein Ende gefunden.

Um 10 u. abendlicher ist, daß es gestern Abend in Berlin wieder zu schweren Ausschreitungen von nationalsozialistischen und kommunistischen Streikgegnern gekommen ist, bei denen es Verletzte gab. Wir berichten darüber im Innern des Blattes.

Papen berichtet dem Reichspräsidenten

Der Standpunkt der Reichsregierung — Reichstag Anfang Dezember

Reichspräsident von Papen hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten über das Wahlergebnis und über die politischen Auffassungen des Reichsstaats Bericht erstattet. Das Reichskabinett wird voraussichtlich am Mittwoch zusammentreten und die Vorarbeiten, die dem Reichspräsidenten gemacht werden sollen. Eine Präliminärrede mit den Parteiführern kommt nicht vor der nächsten Woche in Betracht. Man rechnet damit, daß die Reichsregierung bei der Einberufung des neuwahlgewählten Reichstages die von der Verfassung eingeordnete Frist von dreißig Tagen nicht ausnützen wird. Der Reichstag würde dann am 5. oder 6. Dezember zusammentreten.

Als Meinung der Regierung wird auch nach der Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler die Auffassung verbreitet, daß die Regierung bereit sei, mit allen Stufen zusammen zu arbeiten, die ihr Programm unterliegen können. Im einzelnen stellt sich die Auffassung folgendermaßen dar: Am der Lage habe sich für die Reichsregierung durch das Ergebnis der Reichstagswahlen nichts Wesentliches geändert. Sie habe vor allem keinen Anstoß von ihrem bisherigen Kurs abzuweichen. Es werde jetzt an den Parteien liegen, ob der Reichstag in der Lage sei, positive Arbeit zu leisten. Die Regierung sei bestrebt, ohne Veränderung ihres

Grundcharakters als Präsidialregierung ihre Grundlage zu erweitern. Sie halte die Steme für jeden offen, der zur Arbeit bereit sei.

Als weitere Ergänzung zu dieser offiziellen Erklärung führt man, daß die Reichsregierung die Frage der Verfassungsreform zum Zeitpunkt für den guten Willen der Parteien machen will. Sie werde ihren Entwurf auf jeden Fall dem neuen Reichstag vorlegen; dann werde sich zeigen, welche Parteien auf der Grundlage dieses Entwurfs mit ihr zusammenarbeiten wollen oder nicht.

Es liegt nahe, in der offiziellen Verlautbarung ein Verhandlungsangebot zu erblicken. Wie es aufgenommen wird, darüber läßt sich im Augenblick nichts sagen, da der Parteilager, an den sich ein eventuelles Angebot in erster Linie richten müßte, die Nationalsozialisten, einseitigen noch einzelner Instanzen zum Einlenken magt.

In der nächsten Kabinettsitzung soll auch die Entscheidung über die Reingetisierungspolitik fallen, die auf die Zeit nach den Wahlen verlagert worden.

Finnische Offiziere bei Hindenburg

Der Reichspräsident empfing gestern die vom früheren Reichsverweigerer Finnlands, General Freyherrn von Ranneheim geführte finnische Offiziersdelegation, die an der Vulkan-Abstimmung in Änges teilgenommen hat.

Roosevelt 6:1

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 7. NOVEMBER

Die Begeisterung für Roosevelt schlägt hohe Wellen. Die Werten in Wallstreet setzen heute am letzten Abend vor der Wahl feins zu eins für Roosevelt, dem bei seiner Aufstellung in Chicago selbst von seinen Anhängern nur die gleichen Chancen wie Hoover zu gebilligt wurden.

Neue Hungermärsche auf Washington

Das Kongresskommando in Washington hat aus verschiedenen Teilen des Landes Meldungen erhalten, daß mehrere Gruppen von Erwerbslosen und notleidenden Farmern den Beispiel der Veteranen folgen und Hungermärsche auf Washington unternehmen wollen. Eine Gruppe von Kommunisten wird am 5. Dezember, an dem der Kongress wieder zusammentritt, in der Hauptstadt erwartet. Zwei Tage später folgen Abgeordnete von Farmerverbänden und Farmerkollektiven eintrifft. Schließlich haben auch die arbeitslosen Seefahrer angekündigt, daß sie einen Marsch auf Washington unternehmen wollen, wenn nicht die Regierung Maßnahmen zur Verringerung ihrer Notlage ergreift.

Der Schah besucht den Ghafi

Reza Khan, der Schah von Persien, wird demnächst zu einem amtlichen Besuch in die Türkei kommen. Präsident Mustafa Kemal wird sich nach Wan, in der Nähe der Örenge, entgegenstellen und mit ihm über den weiteren Ausbau der türkisch-persischen Freundschaft verhandeln.

Wer gewinnt?

Der württembergische Staatspräsident Pöhl, der im Zentrum immer mehr in den Vordergrund tritt, hat die Wahlbestrafung, die er an dieser Stelle vor einer Woche veröffentlichte, mit dem sehr erhellenden Hinweis geschlossen, daß Verfassungsbrech und Viktore unübernehmbar seien, wenn nicht nach den Wahlen eine Notgemeinschaft der Parteien aufgefunden werde. Wie alle werden uns in den nächsten Wochen mit diesen Entwürfen-Über auseinanderzusetzen müssen. Der äußere Anstoß deutet auf eine solche Guptisierung, die von den anderen gerührt, von den anderen erhofft wird. Es könnte aber auch sein, daß der Schwerepunkt verlagert wird, der weniger unerträglich wäre, wenn etwas gedauert regiert würde.

Der Reichstagler — frisch gemacht ist halb gewonnen — ist mit dem Wahlergebnis zufrieden. Was kann ihm vom Parlament her geschehen? Weniger als bisher in der einzig gefährlichen Richtung: der Bildung einer regierungsfähigen Koalition. Der erste Papen-Reichstag mußte beim ersten selbständigen Scheitern sein junges Leben lassen. Sein Nachfolger wird Mühe haben, überhaupt auf die Beine zu kommen. Augenblick kann jede politische Mehrheitsbildung verchiedenen. Eine solche Schlüsselstellung kann man nach verschiedenen Richtungen ausnützen, vor allem wurde in Personalfragen, die von Anfang an als Hintergrund des Kampfs gegen das „System“ eine entscheidende Rolle spielen. Augenblick hat große Erfahrung im Kongresswesen. Und er ist jetzt schon in der Ausgangslage von Bedingungen. Er ist für die Regierung Papen-Bracht ein keineswegs bequemer Aufstufungsstufenleiter. Es könnte sein, daß die Eintragung des Parlaments für ihre fälschliche Arbeit größere Bewegungsfreiheit brächte, als heute die Bindung an das konstitutionale Mandatstreben und an den großparteilichen Interessententis.

Freußen? Es gibt in Berlin nicht nur ein Kammergericht, sondern auch einen Landtag, trotz der staatsrechtlichen Operationen, die Preußen zu einem Schaubühnenobjekt nach der Art des Raikes mit zwei Köpfen machen. Und dieser Landtag mit seiner schwarzbraunen Mehrheit kann nicht durch eine vorübergehende „Anleihe“ werden. Hier ist eine der wenigen Wunden des Artikels 48. Nach Artikel 14 der preussischen Verfassung kann eine Auflösung nur durch eigenen Beschluß des Landtags oder durch Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Landtags und des Staatsrats bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid erfolgen. Alle drei Möglichkeiten scheiden praktisch aus. Hier und im Reichstag ist das Gegenpiel im Best der Trümmer.

Am liebsten gilt die Parole: abwarten! Die ersten Tage nach den Wahlen gehören noch der Eröbnung und den Eröbnungen. Nicht alles, was heute erklärt wird, ist so ernst gemeint, wie es klingt. Es wäre aber falsch, Hilliers Kampfruf nur als taktische Maßnahme zu betrachten. Vom Standpunkt des absoluten Parteimanagers gesehen, ist die Antikündigung, daß der Kampf „bis zur Niederbringung der Gegner rücksichtslos fortzusetzen“ sei, bitter ernst gemeint. Wie Hillier in den Anfängen der Partei die fünfundsiebzig Punkte des „Programms“ trotz ihres offensiven Wortschatzes für „unabhängig“ erklären ließ, um allen theoretischen Erweiterungen ein Ende zu machen, soll jetzt jede Diskussion über die Zukunft des Reichstages dem Beschluß zum neuen Angriff voll verbunden, daß die Truppe über die Niederlage, ihre Ursachen und ihre Folgen nachdenkt. Die „Ags“ oder Stufen werden wieder einmal daran erinnert, daß sie nicht zu denken, sondern zu gehen haben.

Das gilt nicht nur für die braunen Massen der gewöhnlichen Parteimitglieder und das Gemimmel der Mitläufer, es gilt auch für die Großoffiziere der Bewegung, die etwas ungeduldig werden, wenn sie hören, daß Hillier davon spricht, er wolle erst nach 30 oder 50 Millionen von seiner göttlichen Willen überzeugen. Sollen allen mit vorwurfslos — jeder Abfall kann nicht seinen Vertrauten — eingeschafft. Es dieses Regiment und die bekannenen Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein B. G. d. B.

„Neuerliche Verhärterung der Propaganda“, „Einschiebung des neuen Propagandafeldzeuges“, „Juridifizierung aller organisatorischen Fragen?“ — Das ist das Rezept, mit dem der „Führer“ alle Zweifel an seinen Verheißungen kurieren will. Er bewirkt sich dabei auf die Taktik, die er einseitig, als die beste Einschätzung bei der Reichstagswahl, die bis zum Fanatismus gesteigerten Siegeshoffnungen enthielt. Demals hat Hillier durch die sofortige Wiederwahlstellung seiner Kandidatur den Defatismus in den eigenen Reihen

Weltwirtschaftskonferenz

erst Ende März

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENEVE, 7. NOVEMBER

Das vorbereitende Komitee für die Weltwirtschafts- und Währungs-Konferenz unter dem Vorsitz des Direktors der Niederländischen Bank, Dr. C. Rip, hat heute Abend seine sachlichen Arbeiten abgeschlossen. Nur der wirtschaftliche Teil des Komitees wird morgen noch seinen Sonderbericht fertigstellen.

Erst in der um das Jahresende stattfindenden zweiten Tagung des vorbereitenden Komitees wird man zu wirklich positiven Beschlüssen über das Arbeitsprogramm der Konferenz kommen, die in London wahrscheinlich nicht vor Ende März oder Anfang April 1933 zusammentreten soll. Der Grund für diese Verspätung der Konferenz liegt in der Unmöglichkeit, jetzt schon die Stellung der fünfzehn amerikanischen Regierungen zum Schiedsverfahren anzunehmen. Damit hängen aber direkt oder indirekt auch alle Fragen zusammen, die auf der Weltwirtschaftskonferenz behandelt werden sollen.

Besonders heftig kam das heute Abend in einer Rede des englischen Delegierten Keith-Boß zum Ausdruck, der sehr nachdrücklich auf die unbändige Notwendigkeit hinwies, daß die Regierungen zu Vereinbarungen internationaler Art, besonders auf dem Gebiete der Kreditregulierung, gelangen. Aus einer eindrucksvollen Darstellung der heutigen Lage der Weltwirtschaft zog er die Folgerung, daß die Regierungen viel Zeit nicht mehr zu verlieren haben, wenn die Weltwirtschaft nicht in ein unheilbares Chaos geraten soll. Dieser Warnung hat sich im wesentlichen der deutsche Delegierte Dr. Pöhl angeschlossen.